



Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/1665/2003 öffentlich 02.09.2003 02.09.2003	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Marburger Staatsbauamt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, auf die hessische Landesregierung einzuwirken, dass der staatliche Behördenstandort Marburg nicht weiter sukzessive zu Gunsten einer Konzentration staatlicher Regionalbehörden in der Stadt Gießen abgebaut wird. Die Pläne, das Staatsbauamt Marburg in eine Außenstelle der Regionalniederlassung Mitte in Gießen umzuwandeln, führen zu einer weiteren strukturellen Schwächung des Oberzentrums Marburg und werden von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

Begründung:

Marburg ist eine Stadt der Dienstleistung mit zahlreichen hier ansässigen Behörden. Im Zuge der Verwaltungsreform des Landes sind Konzentrierungsprozesse des Landes eingeleitet, die Marburg - als Stadt, in der sich das Regierungspräsidium für Mittelhessen nicht befindet – sukzessive abgehängt wird. Für die wirtschaftliche Struktur spielen die Landesbehörden in Marburg eine wichtige Rolle, so dass ein Abwandern oder Abwerten der Stadt als Behördenstandort nicht hingenommen werden kann.

gez. Dietmar Göttling

gez. Matthias Acker